

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

06.06.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung
am Mittwoch, 6. Juni 2018 im Bürgerschaftssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20.40 Uhr

Anwesenheit

Frau Lena Haerberlein in Vertretung für Herrn Dr. Ullrich Bittner
Herr Rudi Duschek
Herr Patrick Kunkel in Vertretung für Herrn Frank Embach
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Rene Kliewe
Herr Jörg König
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Peter Madjarov
Herr Christian Radicke nicht anwesend, entschuldigt
Herr Gerd-Martin Rappen in Vertretung für Herrn Axel Hochschild
Frau Carola Rex
Herr Michael Steiger
Frau Dr. Monique Wölk

Verwaltung

Herr Thilo Kaiser
Herr Winfried Kremer
Frau Beate Schinkel
Herr Michael Busch
Herr Steffen Winckler
Herr Fred Wixforth
Frau Jeannette von Busse

Gäste

Frau Eva Maria Ruhm, Frauenbeirat

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschriften
 - 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 16.01.2018
 - 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
 - 5.1. Hausboote auf dem Ryck
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
 - 5.2. Priorisierung Barrierefreier Ausbau Bushaltestellen Greifswald
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 6.1. Umgestaltung Hansering 1. BA zwischen Steinbecker Brücke und Fangenturm
Dez. II, Amt 60
 - 6.2. Satzung über die erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg -
Dez. II, Amt 60
 - 6.3. Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag zur Errichtung von Erweiterungsbauten – Justizzentrum Greifswald, Domstraße 6/7
Dez. II, Amt 60
 - 6.4. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 -Technologiepark -Änderungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
 - 6.5. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft
Dez. II, Amt 23
 - 6.6. Spielplatz Friedrichshagen, Bürgerschaftsbeschluss B 629-25/18 vom 22.02.2018
Dez. II, Amt 66
 - 6.7. Information über die Herausgabe des Immobilienberichtes 2017
Dez. II, Amt 23
 - 6.8. Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 88 – Heinrich-Heine-Straße
Dez. I, Amt 41
 - 6.9. Aufstellung einer Spendensammelbox im Sozio-kulturellen Zentrum St. Spiritus
Dez. I, Amt 41
7. Informationen der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen der Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Sitzungseröffnung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Monique Wölk eröffnet um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung, begrüßt alle Anwesenden und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen sowie bei 14 anwesenden Ausschussmitgliedern, die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es liegen fünf Tischvorlagen vor. Nach Begründung ihrer Dringlichkeit durch die jeweiligen Einbringer stimmen die Ausschussmitglieder über ihre Aufnahme in die Tagesordnung ab.

1) Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag zur Errichtung einer Kindertagesstätte im Ostseeviertel/Ryckseite, Vitus-Behring-Straße 28 (06/1474)

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung: Mit **14 Ja-Stimmen**, **0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** einstimmig auf die Tagesordnung gesetzt.

2) Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag zur Errichtung einer Kindertagesstätte in Schönwalde II, Ernst-Thälmann-Ring 30 (06/1475)

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung: Mit **14 Ja-Stimmen**, **0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** einstimmig auf die Tagesordnung gesetzt.

3) Gemeindliches Einvernehmen zum Antrag nach dem BImSchG zur Erweiterung der bestehenden Räucheranlage um 2 Räucherkammern, Wolgaster Straße 114 (06/1477)

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung: Mit **14 Ja-Stimmen**, **0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** einstimmig auf die Tagesordnung gesetzt.

4) Änderung Wohnbauflächenpriorisierung „Koitenhagen Süd“ (06/1480)

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung: Mit **13 Ja-Stimmen**, **0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** mehrheitlich auf die Tagesordnung gesetzt.

5) Verschmutzung der Ostsee und der Küstenabschnitte durch Nord Stream 2 (06/1486)

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung: Mit **7 Ja-Stimmen**, **7 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** wird der Antrag abgelehnt. Die Beschlussvorlage wird nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Tischvorlagen als Tops 6.10 bis einschließlich 6.13 in die Tagesordnung einzuordnen. Mit diesen Änderungen wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Die geänderte Tagesordnung wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig bestätigt.**

TOP 3. Bestätigung der Niederschriften

TOP 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 16.01.2018

Die Niederschrift liegt nicht vor. Der Top wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2018

Abstimmungsergebnis: **Die Niederschrift vom 24.04.2018 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich bestätigt.**

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Marco Nehl zu den Straßenausbaubeiträgen im Trelleborger Weg:
Aus seiner Sicht gab es formale Verfahrensfehler, insbesondere bezüglich der Beteiligung der Anlieger. Er fordert Auskunft über die rechtlichen Grundlagen der Entscheidung, damit diese überprüft werden können.

Frau von Busse verweist auf das Kommunalabgabengesetz und darauf, dass die Überprüfungen der rechtlichen Grundlagen erst nach Zugang des Abgabenbescheides möglich ist. Es müsse die Zusendung des Bescheides abgewartet werden, bevor Widerspruch eingelegt werden könne.

Den Vorwurf, dass die Stadt die städtische Beitragssatzung umgangen habe, weist Frau von Busse zurück.

Frau Ruhm, Anwohnerin der Knopfstraße, zur Bebauung des A9-Quartiers und dem damit einhergehenden Wegfall von Anwohnerparkplätzen:

Frau Ruhm fragt nach dem Umsetzungsstand zum Beschluss über das zu erstellende Parkplatzkonzept und schildert seine Dringlichkeit.

Herr Wixforth verspricht, dass der angesprochenen Bürgerschaftsbeschluss umgesetzt wird und dass es entsprechende Parkmöglichkeiten für die Anwohner im Museumshafen Nord geben wird.

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 5.1. Hausboote auf dem Ryck

06/1307.2
B680-25/18

Herr Wilde erläutert: Der Prüfauftrag wird noch bearbeitet. Es findet eine Abstimmung mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt statt. Eine Beschluss-/Informationsvorlage dazu wird im Herbst in die Gremien gegeben.

TOP 5.2. Priorisierung Barrierefreier Ausbau Bushaltestellen Greifswald

06/1308
B681-25/18

Herr Wilde erläutert: Der Termin vor der Sommerpause ist nicht zu halten. Ein Haltestellenkataster ist Voraussetzung für die Priorisierung des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen. Dieses befindet sich noch im Aufbau. Ein Kriterienkatalog wird derzeit erarbeitet und mit dem Landkreis abgestimmt.

Herr König stellt die Notwendigkeit dar, dass erste grobe Aussagen zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen bereits zur kommenden Haushaltsaufstellung vorliegen.

Herr Wilde erwidert, dass es bereits Positionen im Haushalt dahingehend gibt und dass auch der Verkehrsbetrieb - in dringenden Fällen - selbst tätig wird, um Barrierefreiheit herzustellen.

Frau Dr. Wölk fragt nach einem möglichen Fertigstellungstermin.

Herr Wilde stellt das 1. Quartal 2019 dafür in Aussicht und verweist darauf, dass die Einhaltung dieses Termins an die Verstetigung der Verkehrsplanerstelle im Stadtbauamt gekoppelt ist.

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Umgestaltung Hansering 1. BA zwischen Steinbecker Brücke und Fangenturm

06/1459

Herr Wilde führt kurz in das Vorhaben zur Umgestaltung des Hanserings zwischen Steinbecker Brücke und Fangenturm ein. Das ausführende Planungsbüro ist zu Gast und stellt den Entwurf vor:

Präsentation der Fa. BDC Dorsch Consult Ingenieures. mbH siehe Anlage

Fragen und Anmerkungen:

Herr Duschek fragt nach den Möglichkeiten, Kreisverkehre einzurichten.

Antwort: Dies ist aus Platzgründen nicht möglich.

Frau Haeblerlein fragt nach den Möglichkeiten, verschiedene Baumarten bzw. blühende Bäume zu pflanzen.

Antwort: Auf so kurzer Strecke scheint es (optisch) nicht sinnvoll, verschiedene Baumarten zu pflanzen. Die Anregung, blühende Bäume zu pflanzen soll geprüft werden.

Frau Dr. Wölk begrüßt, dass die Planungen Bänke mit Lehnen und Mülleimer mit Deckel beinhalten. Es sind zudem integrierte Aschenbecher an den Mülleimern vorgesehen. Hinsichtlich der Barrierefreiheit fragt sie nach der Gestaltung der Straßenquerungen und ob für Rollatoren/Rollstühle eine glatte, ebene Quermöglichkeit des Hanserings vorgesehen ist.

Antwort: Das Pflaster der Straßenquerung ist oberflächlich gesägt und stellt damit einen guten Kompromiss zwischen Sicherheit und Gestaltung dar.

Herr Duschek fragt, ob Greifswalder Firmen als Materialgeber in Frage kommen.

Antwort: Die Dienstleistungen werden ausgeschrieben, daher ist dies möglich.

Herr König fragt nach dem Straßenprofil. Der Abfluss hin zum Radweg scheint nicht optimal zu sein. Er regt außerdem an, Fahrbahnnägel zum Schutz von Radfahrern auf dem Radstreifen entlang dieser zu prüfen. Weiterhin erkundigt er sich nach den Ergebnissen zur Simulation des Busverkehrs und ob dessen Auswirkungen (ggf. Rückstau) bis hin zur Europakreuzung geprüft wurden.

Antwort: Der Hinweis zum Straßenprofil wird geprüft, ebenso die Anregung zu den Fahrbahnnägeln. Letztere sind jedoch prinzipiell nicht notwendig, da die Radfahrstreifen aufgrund der zukünftigen geringen Geschwindigkeit auf dem Hansering relativ sicher sind. Da die Busse auf dem Hansering sehr selten halten, wird der Rückstau minimiert. Es gibt keine gravierende Beeinflussung des durchgehenden Verkehrs. Ein Rückstau in

die Stralsunder Straße ist jedoch unvermeidbar.

Herr Kunkel erkundigt sich, ob der Abstand zwischen den entlang des Rycks verlegten Mittelspannungsleitungen und der geplanten Baumbepflanzung entlang der Promenade groß genug sei, um Schäden an den Leitungen durch Baumwurzeln zu vermeiden. Außerdem fragt er nach der straßenseitigen Anbindung des geplanten Hotelneubaus im A9-Quartier.

Antwort: Eine Verlegung der Leitungen ist nach Aussage der Stadtwerke sehr schwierig. Daher könnten einige Baumstandorte im weiteren Verlauf der Planung entlang der Promenade entfallen. Die Anbindung des Hotelneubaus an den Hansering befindet sich noch in der Planung. Die entsprechenden Abstimmungen sind im Gange.

Herr Liedtke führt aus, dass er die 3. Baumreihe nicht ideal findet. Und dass der Schutz der bestehenden Leitungen Vorrang haben müsse.

Herr Madjarov wirft ein, dass er die Baumreihen in Anlehnung an das städtebauliche Konzept für sinnvoll hält. Er fragt, ob einige der geplanten Parkplätze wegfallen können um weiteren Platz für Bäume zu schaffen.

Antwort: Der Wegfall von Parkplätzen zur Schaffung von mehr Platz für Bäume ist nicht möglich, da es für die Zugänglichkeit für die Feuerwehr einzuhaltende Mindestanforderungen gibt. Diese sind mit den jetzt geplanten Bäumen bereits erreicht.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

TOP 6.2. Satzung über die erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg -

06/1437 Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert die Hintergründe. Es geht um die Einführung einer generellen Höhenbegrenzung für Werbung zuzüglich Ausnahmen bspw. für Produktionsgebäude.

Fragen und Anmerkungen:

Frau Dr. Wölk fragt nach dem Zeitplan zur Erstellung des B-Plans.

Antwort: Zur Erstellung des B-Plans ist noch ein Jahr Zeit. Dieser Zeitrahmen wird eingehalten.

Herr Kunkel erkundigt sich danach wie hoch die Gebäude im Bereich des B-Plans sein dürfen.

Antwort: Das steht noch nicht fest.

Herr Liedtke fragt noch einmal nach, ob Ausnahmen von der Höhenbegrenzung möglich sind.

Antwort: Abweichende Einzelentscheidungen sind möglich.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

TOP 6.3. Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag zur Errichtung von Erweiterungsbauten – Justizzentrum Greifswald, Domstraße 6/7

06/1447 Hr. Kaiser bringt die Vorlage ein.

Fragen und Anmerkungen:

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

TOP 6.4. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 -Technologiepark - Änderungsbeschluss

06/1451 Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert die Hintergründe.

Fragen und Anmerkungen:

Herr Madjarov erkundigt sich, was unter der Kategorie „Urbanes Gebiet“ zu verstehen ist und worin die Unterschiede zu einem Mischgebiet bestehen. Er fragt weiterhin, warum die neue Kategorie „Urbanes Gebiet“ eingeführt werden soll und was dies für den Stadtteil bedeutet.

Antwort: Urbane Gebiete sind in der Regelung sehr viel flexibler, z.B. könne ein größerer Wohnanteil enthalten sein bzw. dieser nachträglich angepasst werden. Für den Stadtteil hat die Einführung der Kategorie „Urbanes Gebiet“ im B-Plan keine Auswirkungen.

Herr König erkundigt sich, ob es sinnvoll ist, mögliche Ausnahmeregelungen für die Kategorie „Urbanes Gebiet“, wie z.B. Tankstellen oder Gaststätten auszuschließen.

Antwort: Das ist möglich und wird geprüft.

Herr Kunkel fragt nach, ob es mit der Einführung der neuen Kategorie Änderungen für das Gewerbe hinsichtlich des Schallschutzes gibt.

Antwort: Nein.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

TOP 6.5. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft

06/1461.1 Es liegt eine neue Version der Beschlussvorlage vor, in die alle Änderungen aus dem Änderungsantrag 06/1473 eingegangen sind. Herr Kremer bringt die neue Vorlage ein, die in Zusammenarbeit mit der Agrarinitiative erstellt wurde.

Fragen und Anmerkungen:

Herr Kasbohm begrüßt die Entwicklung in Richtung mehr Nachhaltigkeit auf den städtischen landwirtschaftlichen Flächen und die bestehende Kooperation mit den Landwirten und der Greifswalder Agrarinitiative dahingehend. Auch ist es zu begrüßen, dass weitere Verpächter einen entsprechenden Kooperationsvertrag abschließen wollen/sollen.

Herr Steiger fragt nach, wie viele Landwirte in der Agrarinitiative vertreten sind und um wie viele Pachtverträge es geht. Er möchte zudem wissen, wie hoch die Fluktuation bei den Pachtverträgen pro Jahr ist und ob die Umweltverbände an der Agrarinitiative beteiligt sind.

Der Ausschuss erteilt Herrn Thomas Beil als Gast Rederecht für den Top 6.5.

Antwort von Herrn Thomas Beil: In der Agrarinitiative sind insgesamt 54 Pächter vertreten. Der städtische Anteil an den vertretenen Pächtern ist noch zu recherchieren. Die Agrarinitiative setzt sich aus Vertretern der Eigentümer, den Pächtern und der Michael Succow Stiftung als Moderator zusammen. Vertreter der Umweltverbände, wie z.B. des NABU, gibt es nicht, allerdings bestehen intensive Kontakte dorthin. Es gibt eine Fluktuation von etwa fünf Pachtverträgen pro Jahr.

Herr Madjarov weist auf das Fehlen konkreter Zahlen und Ziele im Konzept hin und erkundigt sich nach den Zielmarken.

Herr Dr. Kasbohm verweist in diesem Zusammenhang auf die Maßnahmenliste im Konzept. Er räumt ein, dass ein Referenzjahr fehlt.

Frau Haerberlein erkundigt sich nach den Regelungen für Pachtverlängerungen. Diese sind unklar formuliert und auch zeitlich unkonkret. Sie fragt weiterhin nach den Interessen der Allgemeinheit hinsichtlich der Verpachtung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Diese werden nicht thematisiert.

Antwort: Herr Kremer verweist darauf, dass die Regelungen für Pachtverlängerungen im Einzelfall entschieden und konkretisiert werden. Frau von Busse bestärkt diese Aussage und verweist auf die Spezifika des Einzelfalles. Sie fragt nach, welche Interessen der Allgemeinheit an den verpachteten landwirtschaftlichen Flächen gemeint sind.

Frau Dr. Wölk stellt dar, dass es Ziel der Agrarinitiative ist, die sogenannten Ökosystemdienstleistungen landwirtschaftlich genutzter Flächen stärker in den Vordergrund zu stellen und eine Regelung zu finden, um diese Leistungen mit konkreten Maßnahmen zu unterstützen. Insoweit ist es Hintergrund und Ziel der Agrarinitiative, die Interessen der Allgemeinheit in Bezug auf Ökosystemdienstleistungen bei der Verpachtung landwirtschaftlich genutzter Flächen zukünftig stärker zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Auf Anregung der Agrarinitiative sollen zukünftig mindestens zwei politische Vertreter aus dem Bauausschuss an den Beratungen der Agrarinitiative teilnehmen.

Über die Vertretung des Bauausschusses in der Agrarinitiative wird abgestimmt:

Herr Dr. Kasbohm: 10 Ja-Stimmen,

Herr Lange: 5 Ja-Stimmen,

Frau Haerberlein: 4 Ja-Stimmen,

Frau Dr. Wölk: 4 Ja-Stimmen

Damit sind Herr Dr. Kasbohm und Herr Lange als Vertreter des Bauausschusses in die Agrarinitiative entsandt. Frau Dr. Wölk und Frau Haerberlein werden als Vertreterinnen fungieren.

TOP 6.6. Spielplatz Friedrichshagen, Bürgerschaftsbeschluss B 629-25/18 vom 22.02.2018

06/1445 Frau Hanke bringt die Informationsvorlage ein. Hinsichtlich der vorgestellten Flächen im Ortsteil Friedrichshagen gibt es keine Priorisierung.

Fragen und Anmerkungen:

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Vorlage wird von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

TOP 6.7. Information über die Herausgabe des Immobilienberichtes 2017

06/1462 Herr Kremer bringt die Vorlage ein und erläutert kurz die inhaltlichen Schwerpunkte des Immobilienberichtes: Viele Objekte wurden modernisiert und die Medienverbräuche in den Objekten sinken. Preissteigerungen (Energie) fallen insgesamt gering aus. Hinsichtlich der Hausmeister und Reinigungskräfte wird Personal benötigt. Zudem führt er aus, dass der B-Plan 88 nahezu abgeschlossen ist; dass die Erstellung der Jahresabschlüsse sehr aufwändig ist und dass es immer schwieriger wird, Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen im Stadtgebiet zu finden.

Fragen und Anmerkungen:

Herr Liedtke fragt nach dem Verhältnis von Einnahmen (5,2 Mio. Euro) zu Ausgaben. Antwort: Die Frage kann ad hoc nicht beantwortet werden, dazu müssen die konkreten Zahlen nachgefragt werden.

Die Vorlage wird von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

TOP 6.8. Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 88 – Heinrich-Heine-Straße

06/1444 Frau Hauswald bringt die Vorlage ein. Vorgeschlagen wird die Benennung einer Straße nach Otto Wobbe. Frau Hauswald gibt einige Erläuterungen zu seinem Leben und Wirken. Sie stellt ebenfalls dar, dass mögliche Verstrickungen mit dem NS-Regime zu Zeiten des Dritten Reiches sind völlig geklärt sind.

Anmerkungen und Fragen:

Herr Kruse führt aus, dass er die Straßenbenennung nach Otto Wobbe begrüßt und schlägt vor, eine (Gedenk-)Tafel an seinem Geburtshaus anzubringen.

Herr Madjarov bittet um eine weitergehende Prüfung der Straßenbenennung, da es nur wenige gesicherte Belege zum Leben und Wirken von Otto Wobbe gibt. Er fragt zudem nach möglichen Alternativen für die Straßenbenennung und weist auf das Ungleichgewicht bei der Vergabe von Straßennamen zwischen Männern und Frauen hin.

Es folgt eine Diskussion über die Person Otto Wobbes. Dabei setzt sich Herr Kruse für

die Beschlussfassung in der Ausschusssitzung ein. Herr Dr. Kasbohm verweist hingegen darauf, dass keine Dringlichkeit bestehe und eine weitere Absicherung der Namensgebung notwendig sei.

Aus dem Ausschuss heraus wird ein Antrag auf Verschiebung der Beschlussfassung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Der Verschiebung der Beschlussfassung wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

TOP 6.9. Aufstellung einer Spendensammelbox im Sozio-kulturellen Zentrum St. Spiritus

06/1453 Frau Hauswald bringt die Vorlage ein.

Fragen und Anmerkungen:

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 6.10. Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag zur Errichtung einer Kindertagesstätte im Ostseeviertel/Ryckseite, Vitus-Behring-Straße 28

06/1474

Herr Kaiser bringt die Tischvorlage ein.

Fragen und Anmerkungen:

Herr Liedtke informiert darüber, dass die Ortsteilvertretung Ostseeviertel einstimmig für die Beschlussvorlage gestimmt hat.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

TOP 6.11. Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag zur Errichtung einer Kindertagesstätte in Schönwalde II, Ernst-Thälmann-Ring 30

06/1475

Herr Kaiser bringt die Tischvorlage ein.

Fragen und Anmerkungen:

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

TOP 6.12. Gemeindliches Einvernehmen zum Antrag nach dem BImSchG zur Erweiterung der bestehenden Räucheranlage um 2 Räucherammern, Wolgaster Straße 114

06/1477

Herr Kaiser bringt die Tischvorlage ein.

Fragen und Anmerkungen:

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

TOP 6.13. Änderung Wohnbauflächenpriorisierung „Koitenhagen Süd“

06/1480 Herr Kaiser bringt die Tischvorlage ein.

Fragen und Anmerkungen:

Herr Madjarov fragt nach, ob mit der Veränderung der Wohnbauflächenpriorisierung im ISEK eine prinzipielle Veränderung der Beschlusslage zum ISEK einhergeht. Aus seiner Sicht geht es lediglich darum, durch eine veränderte Priorisierung mehr Kapazitäten zur schnellen Schaffung von Wohnraum bereit zu stellen.

Antwort: Das ist der Fall.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr König hat folgende Nachfragen:

1. Informationen zum Stadtarchiv?

Antwort: Die Informationen wurden bei der letzten Bürgerschaftssitzung bekannt gegeben. Es gibt keinen neuen Sachstand.

2. Informationen zur Ausfräsung der Koitenhäger Landstraße?

Antwort: Die Straße ist in der Baulast des Landes, es findet eine flächenhafte Instandsetzung statt.

3. Es gibt seitens einiger Bürgerinnen und Bürger Nachfragen zu den Auflagen und möglichen Ausnahmegenehmigungen im Rahmen des Fleischervorstadt Flohmarktes. Wie kann die Information der Bürgerinnen und Bürger zukünftig verbessert werden?

Antwort: Es gab sehr umfassende Informationen im Vorfeld des Fleischervorstadt Flohmarktes. Seitens Herrn Winckler können keine Unklarheiten bestätigt werden.

Herr Dr. Kasbohm weist darauf hin, dass auch ihm von Problemen hinsichtlich der Auflagen und Ausnahmegenehmigungen beim Fleischervorstadt Flohmarkt berichtet wurde. Er bestätigt das negative Stimmungsbild im Stadtteil.

Antwort: Herr Winckler kann dieses Stimmungsbild nicht bestätigen und bittet um Konkretisierung. Frau von Busse weist darauf hin, dass die Prozesse/Ansprechpartner zur Vorbereitung/Anmeldung des Fleischervorstadt Flohmarktes in der Verwaltung extra zentralisiert wurden, um möglichen Unklarheiten im Vorfeld zu begegnen.

Frau Rex hat folgende Nachfrage:

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, gegen Lärmbelästigung und Verunreinigung in den Credner Anlagen vorzugehen?

Antwort: Seitens der Stadtverwaltung gibt es wenig Möglichkeiten, über das bisherige Engagement hinaus aktiv zu werden: Müll wird regelmäßig aufgesammelt.

Lärmbelästigung in der Nacht ist ein ordnungsrechtliches Problem, bei dem die Polizei einzuschalten ist.

Herr Liedtke hat folgende Nachfrage:

Gibt es neue, positive Informationen zum Einzelhandelsstandort im Ostseevierviertel (Sky und Aldi)?

Antwort: Herr Kaiser verweist auf die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes, an dem derzeit gearbeitet wird.

Herr Lange hat folgende Nachfrage:

Warum wurden die Kissen auf der Straße „Zur Mühle“ in Eldena entfernt?

Antwort: Die Kissen waren defekt und haben sich nicht bewährt. Es wird an einer anderen Lösung zur Verkehrsberuhigung gearbeitet.

Herr Madjarov hat folgende Nachfrage:

Wann und wie ist mit der Umsetzung des Parkraumkonzeptes Innenstadt zu rechnen. Ist es weiterhin geplant, mehr Anwohnerparkplätze durch den Abbau der Parkautomaten zu schaffen?

Antwort: Ja, die Planung wurde nicht verändert, allerdings sind die Umstellungen durch die Bebauung des A9-Quartiers und durch den Bau des Parkhauses auf dem Nexö-Platz abzuwarten.

Herr Kunkel hat folgende Nachfrage:

Wie werden die neuen Flächen auf dem ehemaligen KAW-Gelände verkehrstechnisch erschlossen?

Antwort: Das BPlan-Verfahren hierzu läuft, die verkehrstechnische Erschließung ist ein Bestandteil dessen.

Frau Dr. Wölk hat folgende Nachfragen:

1. Bis wann soll der B-Plan für das ehemalige KAW-Gelände fertiggestellt werden?

Antwort: Dies liegt in der Verantwortung des Eigentümers.

2. Gibt es Neuigkeiten zur Verkehrsführung im B-Plan 55a?

Antwort: Ein Verkehrskonzept muss von den Eigentümern vorgelegt werden.

3. Die glatten Gehweg-/Granitplatten in der Fußgängerzone sind häufig durch Verkaufsstände und Hinweisschilder belegt/verengt. Gibt es Ansprachen der Gewerbetreibenden in der Stadt bezüglich Barrierefreiheit? Wie kann die Freihaltung der Gehwege in der Fußgängerzone sichergestellt werden?

Antwort: Alle Gewerbetreibenden kennen die Pflicht, die Gehwegplatten freizuhalten. Es gibt jedoch immer eine Art Vollzugsdefizit.

4. Gibt es Verunreinigungen des städtischen Boddenufers mit Fettklumpen aus der Nordstream-Ausbaggerung? Inwieweit steht die Stadt hierzu mit den Akteuren in Kontakt?

Antwort: Wir haben nur das Strandbad. Für die anderen Strände sind wir nicht zuständig.

TOP 9. Informationen der Ausschussvorsitzenden

Herr Prauße und Herr Umnus sollten bereits zu dieser Ausschusssitzung eingeladen werden, um über die zukünftige Versorgungsstrategie der Stadtwerke (Strom und Wärme) sowie über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Nahverkehrsplanes zu berichten. Beide konnten den Termin nicht wahrnehmen. Es wird eine Einladung zur nächsten Sitzung ausgesprochen.

TOP 10. Sitzungsende

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Wölk, beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

gez.
Dr. Monique Wölk
Ausschussvorsitzende

gez.
Michael Busch
für das Protokoll